



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



06.04.2017

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Brexit: Startschuss der Austrittsverhandlungen

Jetzt tickt die Uhr: Ganze neun Monate nach dem Brexit-Referendum hat Premierministerin Theresa May den offiziellen Antrag des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der EU eingereicht. Das bedeutet: Die zweijährige Verhandlungsfrist hat begonnen und wird noch vor der nächsten Europawahl im Mai 2019 abgelaufen sein. Bis zu seinem endgültigen Austritt behält Großbritannien all seine Rechte und Pflichten als EU-Mitglied. Das Europäische Parlament ist ein wichtiger Akteur bei den Austrittsverhandlungen und wird am Ende über ein mögliches Abkommen abstimmen. Unsere Fraktion ist sich einig, dass die Zeit des britischen „Rosenpickens“ vorbei ist. Diese Woche hat das Parlament seine dementsprechenden Kernforderungen verabschiedet. Dazu zählt die Begleichung aller offenen Rechnungen, die sich aus der EU-Mitgliedschaft ergeben, einschließlich

der Zusagen für den aktuellen Finanzrahmen, der noch bis 2020 läuft. Außerdem soll es keine Sonderrechte bei einzelnen Sektoren des EU-Binnenmarktes geben. Die 3,2 Millionen in Großbritannien lebenden EU-Bürger sollen künftig die gleichen Rechte wie die 1,2 Millionen in der EU lebenden Briten haben. Erst wenn unter Berücksichtigung dieser Aspekte ein Austrittsabkommen in die Wege geleitet ist, kann ein neues Abkommen zwischen der EU und Großbritannien verhandelt werden. Wie könnte die künftige Beziehung zwischen der EU und Großbritannien aussehen? Vier „Präzedenzfälle“ bieten hier eine Orientierung: Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (Modell Norwegen), Teilnahme am Binnenmarkt über bilaterale Abkommen (Modell Schweiz), eine reine Zollunion (wie mit der Türkei) oder ein „harter“ Brexit ohne Zugang zum Binnenmarkt, möglicherweise in Verbindung mit einem neuen Freihandelsabkommen. Auch wenn die ersten Signale aus London auf einen „harten“ Brexit hindeuten,

ist das Ergebnis der Verhandlungen derzeit ebenso unabsehbar wie die künftigen Beziehungen zu Schottland, Nordirland oder auch Gibraltar. Wichtig bleibt, dass die EU während der Verhandlungen geschlossen mit einer Stimme spricht.

Emissionsmessungen der Automobilindustrie

Vor dem Hintergrund der Abgas-Affäre setzte das Parlament einen Untersuchungsausschuss ein, dessen Empfehlungen jetzt diskutiert und abgestimmt wurden. Meine Fraktion sprach sich hierbei für eine direkte Marktüberwachung durch die EU-Kommission und gegen die Einführung einer zusätzlichen EU-Agentur aus. Diese würde lediglich den Grad der Bürokratisierung und die anfallenden Kosten für die Steuerzahler erhöhen. Weiterhin setzten wir uns dafür ein, einen Europäischen Umweltfonds zu errichten. Dieser soll durch in Zusammenhang mit Betrug erhobene Bußgelder finanziert werden. Emissionsbetrug schadet vor allem den Fußgängern und Fahrradfahrern, die

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



06.04.2017

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

von der Luftverschmutzung betroffen sind. Der Fonds soll hier gegensteuern und Folgen für Betroffene verringern.

Neue EU-Verordnung zu Medizinprodukten

Das Parlament und der Ministerrat haben sich auf höhere Standards bei Medizinprodukten geeinigt. Fortan wird die Sicherheit der Produkte noch stärker überwacht werden. So wird es unangekündigte Inspektionen bei den Herstellern geben. Weiterhin werden alle medizinischen Implantate mit einem Pass ausgestattet, um sie sicherer zu machen. Vor allen heiklen medizinischen Eingriffen ist zukünftig ein Beratungsgespräch verpflichtend. Die neuen Regelungen werden im Laufe des Jahres 2020 in Kraft treten.

Änderungen am mehrjährigen Finanzrahmen

Die Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens für den Zeitraum 2014–2020 ist abgeschlossen. Die Aufgabe des Mehrjahresfinanzrahmens besteht darin, Obergrenzen für Ausga-

ben in den einzelnen Politikfeldern festzulegen. Er ist somit ein Ausdruck politischer Prioritäten. Durch die Aufstockung der Obergrenzen um insgesamt 6 Milliarden Euro kann die EU künftig besser auf neue Herausforderungen reagieren, zum Beispiel im Bereich Migration. Die bisherige Obergrenze lag bei etwa 963 Milliarden Euro für den gesamten Siebenjahreszeitraum. Umgerechnet bedeutet das, dass die EU jährlich maximal Ausgaben tätigen darf, die in etwa der Hälfte des deutschen Bundeshaushalts entsprechen.

Palmöl und die Rodung von Regenwäldern

Die Rodung von Regenwäldern führt zu einer Freisetzung von etwa 1,5 Gigatonnen Kohlenstoff pro Jahr. Die Palmöl-Industrie trägt mit 40% einen maßgeblichen Anteil daran. Rodung zur Palmölgewinnung stellt eine massive Umweltbelastung dar und geht zudem regelmäßig mit Menschenrechtsverletzungen einher. Vor diesem Hintergrund haben wir uns für einheitliche Zertifikate und Krite-

rien für Palmöl und Palmölprodukte ausgesprochen. Die EU ist derzeit der weltweit drittgrößte Markt für Palmöl, welches in rund 50% der industriell verarbeiteten Lebensmittel enthalten ist.

Bundespräsident zu Besuch in Straßburg

Wir wollen Europa! Diese Botschaft überbrachte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dem Europäischen Parlament. Dank der EU hätten alle Mitgliedsstaaten mehr Einfluss als für sich allein genommen. Weiterhin lobte er die positive Einstellung junger Europäer, welche derzeit bei europaweiten „Pulse-of-Europe“-Demonstrationen für die EU auf die Straße gehen. Diese jungen Menschen zeigten, dass man sich trotz Vaterlandsliebe gleichzeitig als Europäer verstehen kann.

Besuch aus der Heimat in Straßburg

Diese Woche hat mich der Rotary-Club Geislingen-Laichingen in Straßburg besucht. Ich freue mich über das Interesse an meiner Arbeit!

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle